

Volks-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Bezugsspreis
Für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 2.00 Mark, vierteljährlich
5.00 Mark, über die Post 6.00 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Anzeigenstellen entgegen-
genommen. Im em. Zeitungsgesetz
Zeichnis unter Coale-Zeitung einge-
tragen. Für ein erlangt eingeben-
des Manuskript wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Coale-Zeitung ge-
staltet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Druckerei-Abt. Nr. 1133
Hofstraße-Konto Leipzig Nr. 4009.

Anzeigen
werden 3. Spalten, 34mm bre. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
nahmenstellen u. allen Anzeigen-
stellen angenommen. Bestellen
bis 24 Uhr vor. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmegebühr norma-
l 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. norma-
l 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
läufig, müssen schriftlich erfolgen.
Erlaubnisort: Halle. Erscheint
täglich, 2 mal, Sonntags 1 mal. Erschei-
n. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,
Neue Promenade 14, Dr. Braun-
bauerstr. 17. Neben-Verkaufsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 478.

Halle, Sonnabend, den 11. Oktober.

1919.

Ein deutsch-polnischer Wirtschaftsvertrag.

Warschau, 11. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin schreiben die polnischen Blätter, daß die Vertreter der Warschauer Regierung maßgeblich einen Handels- und Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen abschließen werden, wobei auf Grund der Verpflichtung der deutschen Regierung, welche in den besetzten Gebieten seinerzeit die polnische Wirt. auszuüben habe, die deutsche Wirt. zum gleichen Kurse wie die polnische Wirt. berechnet wird. Gleichzeitig betonen die Blätter, daß der Handels- und Wirtschaftsvertrag mit Deutschland viel zur Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen beitragen werde. Es liegt im Interesse der Regierung, diesen Vertrag so rasch als möglich abzuschließen und in Kraft zu setzen. Das Mitglied der polnischen Freieisen-Delegation Dr. Diamant hat einen Wirtschaftsplan ausgearbeitet, der im Zusammenhang mit dem Handelsvertrag mit Deutschland auch einen entscheidenden Einfluß auf die Wiederherstellung des normalen Handelsverkehrs in Polen ausüben wird.

Weitere Bomben auf die Bolschewisten.

Stockholm, 11. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die Internationale Telegraphenagentur meldet: Während der Bestattung zweier Opfer des vor einigen Tagen in Moskau ausgeführten Bombenattentats wurden von Unbekannten wieder zwei Bomben geworfen, denen 80 Bolschewisten, die dem Serge folgten, zum Opfer fielen. Dieser Vorfall hat in der bolschewistischen Presse einen wahren Aufruhr verursacht. Sie fordert die Ermordung des Regies der Moskauer Bürger-schaft auf.

Handelsblockade gegen das bolschewistische Rußland.

Wien, 10. Oktober. Eine auf dem hiesigen Staatsamt für Aussenver. zur Kenntnis gebrachte Note der Allierten fordert die Regierung von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Finnland, Spanien, Schweiz, Mexiko, Columbia, Venezuela, Chile und Argentinien auf, unverzüglich strenge Maßregeln zu ergreifen, um ihre Staatsangehörigen zu verhindern, irgend welche Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland anzunehmen.

Ein Weltkomplott der internationalen Arbeiter?

Wien, 10. Okt. „Nieuwe Norderd. Courant“ meldet aus New York, daß der Vorhänger des internationalen Arbeiterverbandes erklärt hat, daß der New Yorker Arbeiterstreik bolschewistisch geführt und durch ein Weltkomplott der internationalen Arbeiter angezettelt worden sei.

Vor der Annahme des Friedensvertrages im Senat.

Genf, 11. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) In der Senatsdebatte über den Friedensvertrag werden nur noch zwei Punkte und die Verhinderer sprechen. Die Annahme des Vertrages durch den französischen Senat wird noch heute erfolgen.

Zur Auslieferung der Schuldigen.

Genf, 11. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) „Homme Libre“, das Blatt Clemenceaus, sagt, daß auf der Liste Belgiens über die ausgelieferten Deutschen über 200 Namen, darunter 120 deutsche Zivilisten, stehen. Die Liste der französischen Regierung werde weit umfangreicher sein. Sie werde erst nach dem Abschluß der Ermittlungen der militärischen Kommission über die zerstörten Gebiete der Friedenskonferenz zugehen.

Deutscher Angriff auf die Letten?

London, 11. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily Chronicle“ meldet aus Riga, daß eine deutsche Streitmacht von 20 000 Mann außerhalb Riga auf einer Front von zehn Meilen einen Angriff auf die Letten unternommen habe.

Golz' Bemühungen im Baltikum.

Ueber die Lage im Baltikum wird von zuständiger Seite mitgeteilt: „General v. d. Golz ist eifrig bemüht, den Truppen die Befehle der Regierung näherzubringen. Er muß zu diesem Zweck von Truppe zu Truppe fahren und persönlich mit den einzelnen Truppenteilen verhandeln. Da die Truppen ziemlich weit über das Land verstreut sind, so sind diese persönlichen Rücksprachen sehr zeitraubend und schwierig, so daß perzume Zeit vergehen muß, bis mit allen Truppenkörpern persönliche Rücksprache genommen sein kann. Graf v. d. Golz und alle ihm unterstellten Offiziere gehen sich aber die größte Mühe, die Truppen von der Notwendigkeit der Befehle der Regierung zu überzeugen und sie zu befehlen, den Befehlen zu folgen.“ Wie unser Berliner Vertreter von unterrichteter Seite weiß erzählt, hat die Abmachung der Reichsregierung an die baltischen Truppen nur Rücksicht nach der Heimat bis zu diesem Augenblick noch keine unmittelbare Wirkung ausgeübt. Man glaubt aber, daß ein lebendiger

Teil der in Lettland stehenden Soldaten den ernsthaften Bemühungen des Generals von Eberhard und des Grafen von der Golz bezüglich der Abmachung mit dem Heimtransport bereit erklären wird. In Litauen ist die Räumung beträchtlich vollzogen worden.

Hoffschrei aus dem Saargebiet.

Wien, 11. Oktober. Die „N. N. Ztg.“ bringt einen Hoffschrei aus dem Saargebiet an das nicht besetzte Deutschland, in dem die Saarbevölkerung dringend bittet, an den maßgebenden Stellen für ihre Wünsche einzutreten, um endlich von der französischen Militärdiktatur befreit zu werden. Zu dem Aufruf wird gegen die Unterdrückung aller Forderungen und Befehle durch die Unterorgane der französischen Militärverwaltung protestiert und eine heftige Forderung ausgesprochen, darunter: Anerkennung der deutschen Sprache, da das Saarland deutsch ist und deutsch bleiben will, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, Rückgängigmachung aller Anweisungen, Rückführung aller Kolonialtruppen, Aufhebung der Grenzsperrung gegenüber französischen Feinden usw. Schluß mit Uebergriffen, Spaltung billiger Lebensmittel, Aufhebung des willkürlichen Reichsmarkzwanges.

Der Streik im Saargebiet flaut ab.

Mainz, 10. Oktober. Ueber den Streik im Saargebiet wird seitens der französischen Behörde ein neuer Bericht verbreitet, in dem es heißt: Der gestrige Tag hat eine wesentliche Entspannung an der Saar herbeigeführt. Die Eisenbahner nehmen im Laufe des Nachmittags die Arbeit wieder auf. Die Bergleute und Metallarbeiter sind ebenfalls in ihrer Arbeit zurückgekehrt. In Saarbrücken verlief der Tag ruhig. Einige Banden in deutschen Uniformen ohne Abzeichen verhielten sich an verschiedenen Punkten der Stadt Unordnung zu schaffen, wurden aber durch Kavalleriepatrouillen gestrichelt.

Auch der in Trier ausgebrochenen Eisenbahnstreik ist heute ein wenig ruhiger. Die Eisenbahner haben heute normaler Weise die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die französischen Behörden erklärt hatten, daß sie den Wünschen der Arbeiterschaft nach Kräften entsprechen würden. Ueber einige ihrer Forderungen wird jetzt die Entscheidung des Reichsrats noch eingeholt.

Wahl- und Streikfrage in Elsaß-Lothringen.

Berlin, 11. Oktober. In Elsaß-Lothringen haben, laut „Vorwärts“, die Liberalen und Liberalen für die französischen Kammerwahlen ein Bündnis gegen die Sozialisten aller Schattierungen unter der Devise „Frankreich vor allem!“ geschlossen. Die Vermittlungsverhandlungen der französischen Regierung im lothringischen Kohlengebiet zur Regelung der Lohnfrage sind gescheitert. Der Ausbruch des lothringischen Bergarbeiterverbandes proklamiert für nächsten Montag den Streik im Kohlen- und Erzegebiet Lothringens, falls in der Lohnfrage nicht eingeleut wird.

Die Arbeiterräte Groß-Berlins über das Räte-Problem.

In einer gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen und demokratischen Arbeiterräte von Groß-Berlin wurden die gegenwärtigen Auffassungen über das Räteproblem erörtert. Rakoff verlangt ein Mitspracherecht der gesamten Arbeitnehmerschaft auf paritätischer Grundlage mit den leitenden Männern der Betriebe in der Führung der zentralisierten Gewerbe, jedoch nicht in den Einzelbetrieben. Die Kammer der Arbeit sei nach den Vorschlägen des zweiten Rätekongresses zu wählen. Einschieber-Frankfurt sprach als Vorkorreferent, es sei die Frage anzuerkennen, wie das berufstätige Parlament zusammengefaßt werden soll und wie seine Rechte wirken würden.

Vorkäufe Abwendung der Blockadegefahr?

Das Pariser „Journal“ meldet: Der Rat der Allierten hat dem deutschen Vorkauf nach Entsendung einer internationalen Kommission nach dem Vorkauf zu gestimmt. — Die „Times“ melden die dauernde Stationierung eines englischen Schulschiffes in der Dörsche. — „Daily Mail“ meldet aus Riga: Auf einem englischen Kreuzer ist hier eine neue Militärmission eingetroffen, die dem Rat der Allierten über den Stand der Räumung des Baltikums durch Deutschland Bericht zu erstatten hat.

Gegenüber diesen, zuverlässiger klingenden Meldungen, wird aus Paris gedruckt, daß Marshall Foch den Entwurf der „Entente“ an den Deutschen nicht fertiggestellt habe. In dieser Antwort werde gesagt, daß Deutschland auf keinen Fall an die Machtlosigkeit, die Truppen und Ausrüstung zurückkommen zu lassen, appellieren dürfe und daß die angelegte Forderung, daß die Truppen den Gehorsam verweigern werden, als Entschuldigung für Deutschland nicht angenommen werden könne.

Die Heimkehr der Gefangenen aus Frankreich.

Berlin, 11. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie sich erforscht, werden die Verhandlungen zwischen deutsch-französischen Kommissionen über die Heimkehr der Gefangenen aus Frankreich, die im letzten deutschen Ende nächster Woche beginnen.

Das Spielpapier.

Erzbergers Prämienanleihe. Berlin, den 11. Oktober 1919.

Die Erzbergersche Prämienanleihe von 5 Milliarden kam der breiteren Öffentlichkeit ziemlich überraschend, und man hat das Gefühl, daß der Reichsfinanzminister damit gewisse Sünden wieder gut machen will, die er bei Eintritt des ungewohnten Amtes begangen hat und die mit anderen Umständen zusammen zu dem traurigen Sinken des staatlichen Kredits geführt haben. Die Wiederherstellung des Kredits, also die Hebung der deutschen Wirt., ist Ziel und Zweck der eigenartigen Finanzaktion. Sollte jemand einwenden, daß man mit fünf hundert Millionen Prämienanleihe dem gestützten Gault der Reichsfinanzen nicht auf die Beine helfen könne, so erwidert die Regierung, daß diese Anleihe nur ein Mittel sei und daß weitere Emissionen folgen werden.

Erzberger verfährt es offenbar, seine übersehene Aufgabe zu treiben, die man vier Jahre lang mit dem großen Kriegsanleihen erlebt hat und die in der trostlosen Ermüddung der Niederlage und Revolution keinen Erfolg hatte, also nur unnütze Kosten und Speise machen würde. Aber die Preise, mit der Herr Erzberger von jeder gut umzugehen mußte, kann von ihm jede gewinnliche Information über sein Finanzwerk erhalten, eine Information, die natürlich dann eine wertvolle Propaganda ist. Der Reichsfinanzminister ist sich bewußt, daß er bei Ausgabe eines solchen Spielpapiers mit einer moralischen Ueberlieferung bricht. Seit dem Reichsgesetz von 1871 waren in Deutschland Prämienanleihen sehr beschränkt. Sie durften nur auf Grund eines Reichsgesetzes und nur zum Zwecke der Anleihe eines Bundesstaates oder des Reiches ausgeben werden. Während man dem Spieltrieb das Verbot der Klassenlotterie effizient, blieb man mit Prämienanleihen sehr zurückhaltend. Erzberger entschuldigt sich heute mit der Not des Reiches und mit der Tatsache, daß die neue Anleihe nicht als reines Spielpapier betrachtet werden könne, sondern infolge der von Professor Bernheim erdachten Konstruktion ein Sparpapier sei, das sich zur dauernden Anlage durchaus eigne. In die Anlage sei sogar eine Versicherung gegeben. Dem jedem Besitzer der Stücke ist die Möglichkeit gegeben, nach 20 Jahren seinen Besitz zu kündigen, er erhält dann den Betrag einschließlich der aufgelaufenen Zinsen und einem Abzug von 10 Prozent zurück und befindet sich hierauf immer noch in derselben Lage wie jemand, der sein Kapital zum höchsten Sparanleihefuß von 3 Prozent angelegt hat, die Zinsen liegen läßt und es mit Zinseszinsen nach 20 Jahren abhebt. Das ist durchaus richtig.

Auch sonst ist die ganze Maschinenrie der Anleihe, die in der Finanzgeschichte ohne Beispiel da steht, sehr interessant. So vor allem in der Hilfsaktion für die notleidenden Kriegsanleihebesitzer. Sie dürfen die Hälfte des Stückpreises in Kriegsanleihe zum Barwert einzahlen, ein Vorrecht, das sehr reich den Kurs der Kriegsanleihen haben wird. Allerdings beträgt infolge dieser Hilfsaktion der Barwert der Prämienanleihe nur 2,5 Milliarden Mark. Was sind zwei-einhalb Milliarden angesichts einer schwebenden Schuld des Reiches in Höhe von 80 Milliarden? Erzberger sagt: Nur Geduld, es kommen bald neue, vielleicht noch größere Prämienanleihen. Wir müssen nur erst einmal sehen, wie der Haie läuft. Wir müssen schrittweise vorgehen, die Aufnahmefähigkeit des deutschen Volkes erforschen und dann zu größeren Taten vorrücken. Die erste Anleihe scheint auch wirklich mit ganz besonderen Reizen ausgestattet zu sein, um das Publikum zu gewinnen. Werden doch bei jeder Verlosung (zweimal jährlich) 25 Millionen Mark Gewinne, darunter fünf Millionen zu je 1 Million verteilt. Allerdings werden vom Gewinn wieder 10 Prozent abgezogen. Aber was soll das bezogen gegen die großen Steuervorteile, die die Anleihe verleiht. Das Doppelsteuerverbot der Nachlaß- und Erbschaftsteuer, der Vermögenswachstumssteuer, der Einkommen- und Kapitalertragsteuer ist zum größten Teile von dem Besitzer der Prämienanleihe abgemindert. Sie ist in diesen unsicheren Zeiten beinahe ein sicherer Besitz zu nennen, und Herr Erzberger ist der optimistische Ansicht, daß die ganze Rückzahlung der Anleihe, ihre Verknüpfung mit den Kriegsanleihen, die steuerlichen Vorteile und endlich das Mitspracherecht auf einen steigenden Kurs drängen.

Freilich, welche Wechselwirkungen zwischen diesem Spielpapier und der Klassenlotterie eintreten wird, muß abgewartet werden. Bei der ungeheuren Spielnot der Nachkriegszeit werden vielleicht die Finanzströme gleich stark gespült. Anfang November soll die Zeichnung für die Prämienanleihe beginnen und sich auf etwa drei Wochen erstrecken. Hoffentlich macht sich die Gebuna der Wirt. nach der Kriegsanleihekurse

